

# Lindemann: Seien Sie innovativ!

## Ministerpräsident mit Trassenproblematik konfrontiert

Von Jürgen Bohlken

### COLNRADE/HANNOVER

„Volles Verständnis“ für die Ängste der Bürger ob der geplanten 380-KV-Hochspannungstrasse Ganderkesee-St. Hülfe hat Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff als Reaktion auf einen Brief von Hiltraud Lindemann gezeigt – die Colnrader Bürgermeisterin legte jetzt nach: In einem weiteren Brief konfrontierte sie den Landesvater vor dem Hintergrund des laufenden Raumordnungsverfahrens (ROV) mit Appellen.

„Seien Sie innovativ! Greifen Sie raumordnerisch ein, denn die derzeitige Novellierung des Landesraumordnungsprogramms bietet Ihnen Gelegenheit dazu!“, bittet Lindemann den Ministerpräsidenten. Weitere Kernforderungen: Wulff möge der Technik unterirdisch verlegter gasisolierter Leitungen (GIL), die „eine akzeptable Lösung für das Problem Netzausbau wäre“, eine Chance geben, den ihm verbleibenden Handlungsspielraum nutzen und im Sinne der betroffenen Bürger und Kommunen handeln. Er möge ferner das zuständige Ministerium bitten, sich in das ROV konstruktiv einzubringen. Lindemann spricht sich

für eine ergebnisorientierte Behandlung der Freileitungsproblematik, für parteiübergreifendes Agieren und für eine Kooperation von Bund und Land aus. Sie äußert „große Bedenken“, dass in der aktuellen Debatte um die vom Bund genehmigten Off-Shore-Windenergieanlagen und deren Ableitung „die geplante Freileitung zwischen Ganderkesee und St. Hülfe gar nicht Gegenstand der Diskussion“ sein könnte, sondern „einfach als Lückenschluss vorausgesetzt“ werde, da es hierbei nicht um offshore (auf hoher See) erzeugte Windenergie gehe.

Die Bürgermeisterin appelliert an Wulff, darauf hinzuwirken, dass im ROV Alternativen zur Freileitung (etwa GIL) „objektiv geprüft“ und sämtliche Bedenken der betroffenen Landkreise, Kommunen und Bürger „ernsthaft überprüft werden“. Und weiter: „Fordern Sie eine Überprüfung der Betriebswirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung des ökologischen Aspektes auch eine Überprüfung der Volkswirtschaftlichkeit, da die Freileitung sehr viel höhere Durchleitungsverluste hat als die GIL!“

Den Bedarf der Stromleitung will Lindemann nachgewiesen wissen. Sie bittet

den Ministerpräsidenten, „nicht einfach die Pauschalaussage des Netzbetreibers hinzunehmen, dass diese Leitung als Lückenschluss dringend notwendig ist“. So seien bei der Begründung des Vorhabens durch den Antragsteller, die E.ON Netz GmbH, eine Reihe von Faktoren unberücksichtigt geblieben – etwa die Auswirkungen der vorgesehenen Abschaltung von küstennahen Kernkraftwerken oder die Möglichkeit, „vorhandene Leitungen durch innovative Maßnahmen aufzurüsten“. Lindemann ist sich sicher, dass es angesichts der Entwicklung Niedersachsens zu einem Stromtransitland nicht bei einer Hochspannungsleitung bleiben wird. Sie appelliert an Wulff, „zum Wohl der Menschen“ Mindestabstände von Trassen zu Wohnbebauung per Erlass zu regeln – wie in Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaftlichkeit dürfe nicht allein in den Vordergrund gestellt werden. Die jetzt im ROV befindliche Trasse werde für den weiteren Netzausbau richtungsweisend sein. „Hier“, so Lindemann, „wird sich zeigen, ob bei der Entscheidung Freileitung oder Erdverlegung der Bürgerwille in die politische Entscheidung einfließt oder nicht.“